

SPD-Fraktion im Dinklager Stadtrat

Pressemitteilung

Die Dinklager SPD-Fraktion kritisiert in einer Pressemitteilung die Entscheidung der CDU-Landesregierung, Fördermittel für kommunale Entlastungsstraßen zu streichen, als Maßnahme gegen den ländlichen Raum, welche die kommunalen Haushalte noch mehr belasten wird. Der Bau der Umgehungsstraße in Dinklage muss trotz der durch die CDU-Landesregierung gekürzten Fördermittel möglichst zügig realisiert werden. „Sie ist die Lebensader für die ansässigen Gewerbetreibenden und Voraussetzung für die Ansiedlung neuer Betriebe“, so Matthias Windhaus. „Für den ersten Teilabschnitt sei im Interesse der Anlieger die Trassenführung modifiziert worden, sodass zügigen Verhandlungen nichts mehr im Wege stände“, hofft die SPD-Fraktion. Nach Antrag von Wessel Mährlein (SPD) soll für den zweiten Teilabschnitt bis zur Quakenbrücker Straße ein Flurbereinigungsverfahren eingeleitet werden. Nach Aufnahme in das Programm des Amtes für Agrarstruktur (AfA) kann sofort das Fachplanfeststellungsverfahren eingeleitet werden. Die Vorteile des Verfahrens in Zusammenarbeit mit dem AfA und der NLG liegen nach Meinung der SPD in der größeren Planungssicherheit für beide Seiten, einer eigentumsverträglichen Kompensation (Flächentausch oder –verkauf nach Bodenrichtwert) sowie einer Vermeidung der Existenzgefährdung von landwirtschaftlichen Betrieben.

„Bei einer frühzeitigen Einleitung dieses Verfahrens für die gesamte Trasse wären viele Verzögerungen und Unsicherheiten auf beiden Seiten vermieden worden“, sagt Ludger Seelhorst.